

Diskussion um Atomschutzverband

Lörrach. SPD und Grüne fordern Beitritt – die CDU gibt sich reserviert

PETER SCHENK

Die Umweltvereinigung Bund forderte Mitte Januar die Städte Weil am Rhein und Lörrach auf, in den Atomschutzverband gegen das AKW Fessenheim einzutreten. In Lörrach wird dies diskutiert, in Weil nicht.

Am 22. Januar stellt die SPD Lörrach im Gemeinderat, dem Stadtparlament, den Antrag, Lörrach solle beim Trinationalen Atomschutzverband (Tras, siehe Text unter Bild) eintreten. In der Begründung heisst es: «Dabei geht es vor allen Dingen um das 30 Jahre alte Kernkraftwerk im französischen Fessenheim. Es ist eines der ältesten Atomkraftwerke in Frankreich und gilt deshalb als besonders störanfällig. Das Atomkraftwerk liegt zudem in der erdbebengefährdeten Zone. Auch im Jahre 2007 gab es erneut zahlreiche Zwischenfälle.»

Weiter argumentiert die SPD, dass von dem AKW Fessenheim eine besondere Gefahr ausgehe, «die es auch denjenigen, die grundsätzlich eine zivile Nutzung der Kernenergie befürworten, möglich machen sollte, sich zum Schutz der Bevölkerung dem Trinationalen Schutzverband anzuschliessen, um dazu beizutragen, eine verlängerte Betriebs-erlaubnis zu verhindern».

Bei sieben Cent pro Einwohner würde der Beitritt die Stadt jährlich 3300 Euro kosten, heisst es weiter. Auch die grüne Fraktion fordert den Beitritt zu Tras.

Oberbürgermeisterin Gudrun Heute-Bluhm (CDU) ist noch unentschieden: «Wir brauchen Zeit für Recherchen», sagt sie. Die Frage könne in der nächsten Gemeinderatssitzung im März oder der übernächsten im Mai diskutiert werden. Sie möchte verhindern, dass um Tras ein «parteiliches Hickhack» entstehe.

FÜR ATOMKRAFT. Wenn man mehrheitlich für AKW sei, wie die CDU, sei es unfair gegen ein AKW zu sein, das sich wegen dem Kühlwasser am Rhein und an der Grenze befände. Sie sei zwar keine grosse Freundin der Atomkraft, sehe aber keine kurzfristige Möglichkeit auszusteigen, auch wenn sich Lörrach stark für regenerative Energiequellen engagiere.

Auf dem Neujahrsempfang der Kreis-CDU warnte Staatsminister Willi Stächele vor dem Beitritt zu Tras. Laut «Badische Zeitung» sagte er: «Bei einer kritischen Hinterfragung des Standorts Fessenheim bin ich dabei, aber nicht, wenn das in eine grundsätzliche Kritik der Kernenergie mündet.»

Die Parlamentsentscheidung des Gemeinderats hängt davon ab, ob es Links/Grün gelingt, die Bürgerlichen zu überzeugen, dass speziell von Fessenheim eine Gefahr ausgeht, denn Letztere verfügen im Gemeinderat über die Mehrheit.

DEFEKT. SPD-Stadträtin Michaela Paul argumentierte in Hinblick auf die atomfreundliche Haltung der CDU: «Wenn ich grundsätzlich Auto fahre,

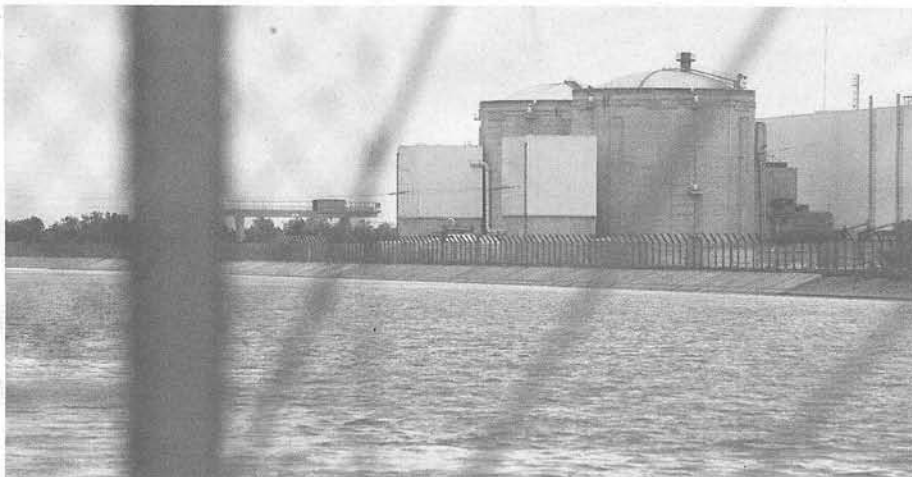
steige ich doch auch nicht in ein defektes Fahrzeug.»

Gudrun Heute-Bluhm regte an, vor der Debatte im Gemeinderat eine Podiumsdiskussion zum Thema zu veranstalten.

Auf einer Veranstaltung zu Tras hatte der Umweltverband Bund-Lörrach am 11. Januar Lörrach wie Weil aufgefordert beizutreten. Im Gegensatz zu Lörrach gab es in Weil dazu noch keine Diskussion.

Kaum französische Mitglieder

KLAGE. Der trinationale Atomschutzverband (Tras) wurde 2005 gegründet und zählt 173 Mitglieder, darunter 51 Gemeinden. Darunter sind grosse wie Freiburg im Breisgau und der Kanton Basel-Stadt, aber in Frankreich nur das kleine Mollau. Geschäftsführer und Vizepräsident Axel Maier führt dies auf grosse Steuerzahlungen des AKW im Elsass zurück. Wichtiges Ziel von Tras ist, die Verlängerung der Betriebsdauer des AKW Fessenheim juristisch zu verhindern. Ferner sei es die Aufgabe, Gutachten zum AKW in Auftrag zu geben und sich gegen neue AKW in der Schweiz einzusetzen. «Es wäre unredlich, sich nur um Fessenheim zu kümmern.» Die Klage gegen Fessenheim soll dieses Halbjahr eingereicht werden. Da sich die französische Gesetzgebung geändert hat, musste sie neu geschrieben werden, deshalb die Verzögerung. Maier hofft auf unideologisches Vorgehen. «Es gibt starke Gruppen in CDU und FDP, die Fessenheim ablehnen.» psc



Kritisiert. Der Atomschutzverband will Fessenheim abstellen. Foto Roland Schmid